



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

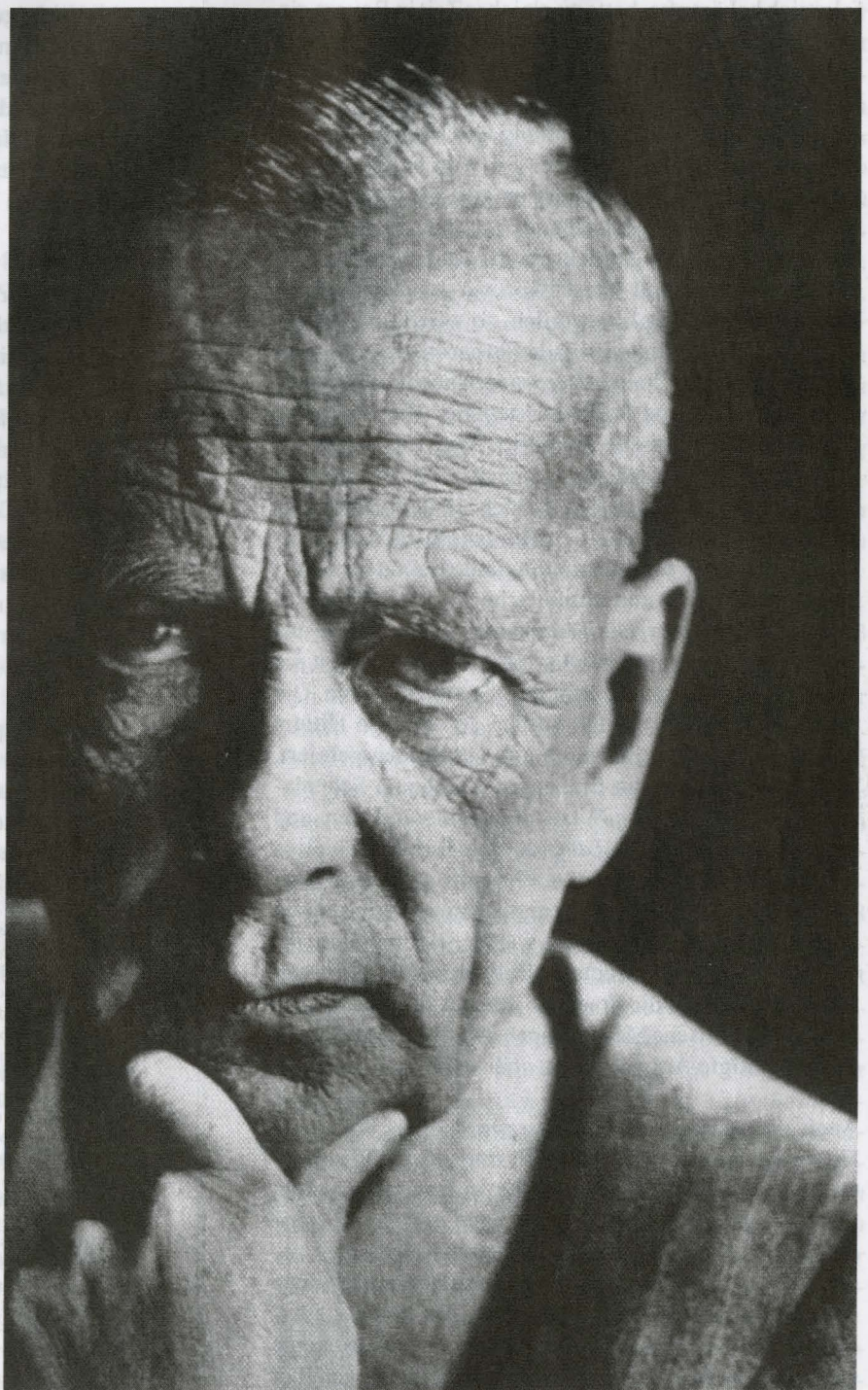
1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Kurt Schumacher

Vor 50 Jahren verstarb der SPD-Vorsitzende und ehemalige Reichsbanner-Führer Kurt Schumacher. Er war ein entschiedener Gegner der Kommunisten, ein deutscher Patriot und wohl einer der bedeutendsten Vorsitzenden der SPD in schwierigster Zeit. Er war der Hoffnungsträger der insbesondere jungen Sozialdemokratie in der damaligen sowjetischen Besatzungszone und machte uns Mut, den sowjetischen Kommunisten und ihren deutschen Befehlsempfängern entschiedenen Widerstand zu leisten bei deren Versuch, in der SBZ eine Diktatur zu errichten und uns Zwangszuvereingen. Tausende von uns wurden deshalb von den Sowjets verfolgt und zu 25 Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Während unserer Haftzeit in Sibirien und Bautzen gab uns der Gedanke an Kurt Schumacher Mut, die schrecklichen Haftbedingungen durchzustehen.

Nie werde ich den 20. August 1952 vergessen, als wir in Bautzen vom Tod von Kurt Schumacher erfuhren. Hohnlachend teilten unsere Stasibewacher uns den Tod von Kurt Schumacher mit. Vielen von uns kamen die Tränen, denn wir hatten unseren Hoffnungsträger verloren. Doch er gab uns über seinen Tod hinaus den Mut durchzuhalten und weiterhin für seine Ideale einzustehen.

Hans Bonkas



Wie konnte Hitler an die Macht kommen? Gibt es dafür Schuldige? (Teil 3)

Von Hans Bonkas

Wie bereits im vorigen Artikel erwähnt, hat die Bayerische Landesregierung eine erhebliche Mitschuld an der Schwächung der Weimarer Republik. Die Anordnungen der Reichsregierung wurden in Bayern nur dann befolgt, wenn sie der Münchner Regierung in den Kram passten. Diese außergewöhnliche Situation prägte sich besonders deutlich anlässlich des Kapp-Putsches aus:

Während die Reichsregierung den Putsch in Berlin erfolgreich bekämpfte, hatte zu gleicher Zeit in Bayern ein von rechts unternommener Umsturzversuch Erfolg. Am 13. März 1920 stellte General von Moehl dem SPD Ministerpräsidenten von Bayern, Johannes Hoffmann, ein Ultimatum, das zur Bildung der rechtsradikalen Regierung unter Kahr führte. So wurde Bayern der natürliche Sammelplatz all derjenigen, die das republikanische System in Deutschland beseitigen wollten. Die bayerische Regierung drückte beide Augen zu, wenn in München Verrat und Verschwörung gegen die legale Reichsregierung geplant wurden, so wie durch die am Kapp-Putsch beteiligte Brigade Ehrhardt, die in Bayern Zuflucht gefunden hatte. Hier wurden auch die Attentate an Erzberger und Rathenau geplant. Die Freikorps waren die Brutstätte für den politischen Terror, der bis 1924 und dann später wieder nach 1929 das Antlitz Deutschlands so entstellte. In den ersten Jahren der Weimarer Republik fielen den Mordanschlägen der Freikorps zahlreiche prominente Sozialdemokraten, Kommunisten, liberale und katholische Politiker Mordanschlägen zum Opfer. Die Täter kamen insbesondere aus Bayern und waren oft Reichswehroffiziere. Soweit sie gefasst werden konnten, erhielten sie milde Strafen. Die wegen Mordes Bestraften wurden sofort nach Hitlers Machtergreifung freigelassen und als Helden gefeiert. Die Mordanschläge an Erzberger, Rathenau, Scheidemann usw. waren das Werk der rechtsradikalen und terroristischen Gruppe „Consul“. Ihre Befehle erhielten sie vom erwähnten Kapitän Ehrhardt. Um sich dem Zugriff der preußischen Polizei zu entziehen, floh er von Berlin nach Bayern. Und da war er in Sicherheit. Er erhielt sogar vom Münchner Polizeipräsident Pöhner falsche Pässe. Auf die Frage, ob ihm bekannt sei, dass es in Bayern politische Mordgruppen gäbe, kam von Pöhner die berüchtigte Antwort: „Ja, aber noch nicht genug“.

Auch die späteren Nazigrößen wie Röhm, Frick und Hitlers späterer Justizminister Gürtner mischten in Bayern fleißig mit. So hatte es Hitler in Bayern gar nicht nötig, heimlich Gewalt anzuwenden. Er tat es ganz öffentlich. Auf diese Weise wurden die Menschen gezwungen, sein Handeln zu beachten. Keine nur irgendwie entschlossene Regierung hätte diese Methoden geduldet, doch die Berliner Regierung hatte in Bayern keine Gewalt und die bayerische Regierung zeigte gegenüber

dem rechten politischen Terror eine bemerkenswerte Nachsicht.

Neben der bayerischen Regierung haben vor allem die ehemals kaiserlichen Richter, die man nach 1918 leider im Amt belassen hatte, alles getan, die republikanische Reichsregierung zu schwächen und die Rechtsradikalen zu stärken. Nach dem Kapp-Putsch sollten diese Hochverräter streng bestraft werden. Doch deren strafrechtliche Verfolgung verlief im Sande. Reichswehroffiziere, die sich am Putsch beteiligt hatten, konnten mit der Milde konservativer Strafrichter rechnen. Von 775 Verfahren wurden 448 eingestellt und die restlichen Offiziere erhielten ganz geringfügige Disziplinarstrafen. Noch viel milder urteilten die Zivilrichter: bei 705 anhängigen Verfahren gab es nur eine einzige Verurteilung.

Dagegen griff die Justiz in Deutschland z.B. gegen Mitglieder der Roten Ruhrarmee äußerst hart durch. Die ehemals kaiserlichen Richter missbrauchten ihre richterliche Unabhängigkeit schamlos für politisch motivierte Urteile: Rechte Straftäter konnten mit übergroßer Milde rechnen. Linke Straftäter wurden dagegen hart bestraft. Mitgliedern der von Ehrhardt geleiteten Organisation „Consul“ - Terroristen und Rechtsradikale - wurde Ende 1924 der Prozess gemacht, doch der Ankläger des Staatsgerichtshofes - eigentlich zum Schutz der Republik eingesetzt - erklärte die Angeklagten zu unerschrockenen, wahrheitsliebenden und ehrenhaften Menschen, und so wurden sie freigesprochen.

Eine innenpolitische Entspannung ohne gewaltsame Umsturzversuche und Krisen gab es in den Jahren 1924-1929. Nach ihrem von Bayern aus gesteuerten und misslungenen „Marsch nach Berlin“ war die radikale Rechte zunächst nicht mehr aktionsfähig. Durch ein

Das Reichsbanner erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.
"Das Reichsbanner" erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.

1924 erfolgreiches Volksbegehren in Bayern für Landtagsneuwahlen mussten die Feinde der Weimarer Republik - Kahr, Seißer und Lossow - abtreten. Die Volkspartei, die bis dahin gegen die Republik agierte, wurde unter dem Einfluss ihres Vorsitzenden, Gustav Stresemann, zu einer Partei der „Vernunftrepublikaner“. Sie erkannte die Realitäten, die von der Revolution 1918/19 geschaffen wurden, an. Nach dem leider viel zu frühen Tod von Stresemann änderte sich dies schlagartig. Die Volkspartei wurde ein Anhängsel der Deutschnationalen und teilte auch ihre republikfeindliche Einstellung. Republikfeindlich waren auch die moskauhörigen Kommunisten. Sobald sich der Kurs der Sowjetunion änderte, zogen die deutschen Kommunisten als Anhängsel von Moskau nach.

Mit dem Tod von Reichspräsident Friedrich Ebert am 28. Februar 1925 verlor die Weimarer Republik ihre wichtigste Persönlichkeit. Er starb vordergründig an einer Blinddarm-Bauchfellentzündung, doch in Wirklichkeit brachten ihn die unzähligen Verleumdungen und Kränkungen um. Sie hatten ihn seelisch zutiefst verletzt. Ebert musste 176 Prozesse wegen Verleumdung führen, die er alle gewann.

Aber auch in der Justiz hatte er Gegner. 1924 verkündete das Magdeburger Schöffengericht u.a.: „Die Behauptung des Angeklagten, Ebert habe Landesverrat begangen, ist im strafrechtlichen Sinne zutreffend“. Dieses Urteil, von republikfeindlichen Richtern, die ihrer politischen Einstellung einen rechtlichen Anstrich gaben, war übelster Rufmord. Das Urteil wirkte wie Gift. Alle Republikfeinde, die deren Repräsentanten verachteten und sogar hassten, fühlten sich durch diesen Richterspruch bestätigt. Insbesondere die deutschnationale Hugenbergpresse hetzte nun gegen Ebert und die Politiker der Republik.

Bei der Reichspräsidentenwahl am 26. April 1925 gab es eine für die Republik verhängnisvolle Weichenstellung: Die Deutschen hatten die Wahl zwischen dem „Reichsblock - DVP - BVP - DNVP und Deutsch-Völkischen“, also Parteien, die die Republik bejahten und sie verteidigen wollten. Der „Reichsblock“ hatte den ehemaligen Generalfeldmarschall Hindenburg aufgestellt. Der 78-jährige Hindenburg war politisch vollkommen unerfahren, hatte 1914 den Krieg befürwortet, war Monarchist durch und durch, Gegner der Republik und mit Ludendorff zusammen Erfinder der Dolchstoßlegende. Bevor er sich zur Wahl stellte, holte er sich heimlich die Zustimmung „seines“ Kaisers ein. Der „Volksblock“ hatte den Zentrumsvorsitzenden Dr. Marx als Kandidaten aufgestellt, einen überzeugten und überzeugenden Republikaner. Die Kommunisten, auch verschiedene Feinde der Republik, denn sie wollten die Diktatur des Proletariats, stellten ihren Vorsitzenden Ernst Thälmann auf. Sie wussten, dass er nicht die geringste Chance hatte. Sie wussten, dass auch ein Reichspräsident Hindenburg ein Gegner der Republik war. So lauteten dann auch nach der Wahl die Zeitungsüberschriften „Hindenburg - Reichspräsident von Thälmanns Gnaden“. Aber auch das große Versagen der Bayerischen Volkspartei muss

hier erwähnt werden. Sie unterstützten nicht den Kandidaten ihrer Schwesterpartei, Dr. Marx, sondern Hindenburg, den Gegner der Weimarer Republik. Sie haben damit dazu beigetragen, dass der Weg über Hindenburg geradewegs zu Hitler führte. Ein Reichspräsident Dr. Marx hätte niemals den Verbrecher Hitler zum Kanzler ernannt. Dank der Hilfe der bayerischen Volkspartei ermöglichte Hindenburgs Wahl den Verfassungswandel. Die Deutschen hatten den Bock zum Gärtner gewählt.

Unter Hindenburg waren die politischen Inhalte der Republik andere als unter Ebert. Die Weichen waren jetzt gestellt auf Machtverlagerung: Weg von den demokratisch gewählten Volksvertretern hin zur Exekutive. Bei Hindenburg, Mitverantwortlicher der extrem verlogenen Dolchstoßlegende, fanden die Feinde der Republik ein offenes Ohr. Es waren u.a. seine Berater Otto Meißner, sein in der Verfassung nicht vorgesehener Sohn Oskar Hindenburg, Oldenburg-Januschau und Kurt Schleicher. Hindenburg verstand sich als Interessenvertreter seines Kaisers. Ihm schrieb er ins Exil nach Holland: „Euer Majestät lege ich die inständige Bitte zu Füßen, davon überzeugt zu sein, dass ich wie immer, so auch in den damaligen unglücklichen Tagen, lediglich bemüht war, Schaden auf Nachteil dem Hause Hohenzollern und meines Kaisers und Königs abzuwenden. Nur aus diesen Gründen habe ich das Amt übernommen. Von Euer Majestät missverstanden zu werden, ist mir altem Soldaten der größte Schmerz. Darum bitte ich vorbeugend daran erinnern zu dürfen, dass ich mein jetziges dornenvolles Amt nach langem Sträuben erst angenommen habe, nachdem ich mich der Einwilligung Euer Majestät versichert habe. So verbleibe ich in Treue und Ehrgefühl als Euer Kaiserlichen und Königlichen Majestät alleruntertänigster von Hindenburg am 27.11.1927“ (Hubatsch, Göttingen 1965).

Hindenburg hielt es nicht für seine Aufgabe, gemäß seinem Amtseid vorbehaltlos für die parlamentarisch-demokratische Republik einzutreten. Vielfach hat er seinen Amtseid gebrochen und der Republik geschadet. Frisch im Amt überdehnte er 1925/26 den Artikel 45 WV, der ihm die völkerrechtliche Vertretung des Deutschen Reiches auswies. Er mischte sich unmittelbar in die Außenpolitik ein und gab direkte Verhandlungsanweisungen. Ebenfalls 1925 brachte er einen Gesetzentwurf der SPD zu Fall, mit dem die Ansprüche der 1918 abgesetzten - nicht enteigneten - Fürstenhäuser auf Rückgabe ihres Vermögens bzw. Entschädigung beschränkt werden sollten. Vor der Öffentlichkeit hat er dies verlogen verborgen. Einem amerikanischen Journalisten antwortete er am 21. April 1925 auf die Frage: „Ihre Kandidatur wird vielfach als eine monarchistische aufgefasst. Wie denken Sie darüber?“ mit der bemerkenswerten Feststellung: „Einen plötzlichen Wandel der verfassungsmäßigen Grundlagen halte ich weder für möglich noch für erwünscht. Es ist völlig unwahr, das ich mich mit dem Kaiser über die Annahme meiner Kandidatur verständigt habe. Ich habe in dieser Frage keine Fühlung mit dem Hause Hohenzollern gehabt.“ Als Kontrast dazu einige Beispiele, wie die so oft gescholtene drei demokratischen, republikanischen Par-

teien SPD, Zentrum und DDP die Weimarer Republik zu einem demokratischen und sozialen Staat der modernen Welt machten:

1918

Abschaffung der Gesindeordnung, Einführung des Frauenwahlrechtes, Zulassung von Frauen zum Hochschul-lehrerberuf, Erwerbslosenfürsorge für entlassene Soldaten, Einführung der 48-Stunden-Woche.

1919

Grundrechte der Frauen auf Staatsbürgerliche Gleichstellung und Gleichberechtigung in der Ehe, Grundrechte der Jugend auf Erziehung und Bildung, Verankerung des Sozialversicherungssystems in der Verfassung.

1920

Betriebsrätegesetz, Grundschulgesetz, Versorgungsre-

gelung für 1,5 Millionen Kriegsbeschädigte und 2,5 Millionen Hinterbliebene.

1922

Jugendwohlfahrtsgesetz, Zulassung von Frauen zum Richteramt, Mietpreisbindung, Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in die Aufsichtsräte.

1923

Jugendgerichte, Gesetz über Mindestlöhne für Heimarbeiter, Förderung der Einstellung von Schwerbeschädigten, Mieterschutz gegen willkürliche Kündigungen.

1924

Einheitliche staatliche Fürsorge statt kommunaler Armenpflege.

Wird fortgesetzt

Hans Bonkas

Seminar „Mit Zeitzeugen in Berlin“

vom 26. - 30. Mai 2002

In diesem Jahr haben wir mit jeweils 50 Jugendlichen, Seminare durchgeführt, vier mal mit jeweils 2 Klassen der Wilhelm von Oranien-Schule in Dillenburg, des Goethe-Gymnasiums in Wetzlar, des Reibin-Gymnasiums in Hanau und des Weiding-Gymnasiums in Butzbach, die Reichspräsident Friedrich Ebert-Gedenkstätte in Heidelberg besucht. Außerdem haben wir anlässlich unserer Ausstellung „75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ in diesen Schulen mit über 1.000 SchülerInnen Podiumsgespräche über das Reichsbanner und unseren Kampf in der Weimarer Republik für Freiheit und Gerechtigkeit, geführt.

Nachstehend ein Schreiben der Jugendlichen, wie das Seminar bei ihnen angekommen ist:

Die Behauptung, junge Menschen seien politikverdrossen, konnte bei dem Seminar „Mit Zeitzeugen in Berlin“ eindeutig widerlegt werden. 50 Auszubildende vom Amtsgericht Frankfurt am Main nahmen vom 26.5.-30.5. an diesem - für junge Leute unvergesslichen - Seminar teil. Organisiert wurde das Programm von Hans Bonkas vom „Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ mit Unterstützung des August-Bebel-Instituts.

„Die Geschichte wurde das erste Mal greifbar gemacht!“. Dies war die einhellige Meinung und Bilanz der 5 Tage. Kein Wunder, denn wer hat heutzutage die Möglichkeit, die Wiedervereinigung aus der Sicht des damaligen amtierenden Bürgermeisters Walter Momper erzählt zu bekommen oder wer kennt die Geschichte von Hagen Koch, der damals die Mauerlinie mit weißer Farbe gezogen hat? Hagen Koch hat in seinem Vortrag im Mauermuseum am früheren „Checkpoint Charly“ das geschafft, was der Geschichtsunterricht heutzutage nur schwer zu vermitteln weiß: das nachhaltige Verständnis dafür, wie z.B. das DDR-Regime hat funktionieren

können und wie die Propagandaarbeit dieses totalitären Regimes bereits im Kindergartenalter erste Früchte tragen konnte oder warum es von größter Schwierigkeit war, diesem Regime den Rücken zu kehren.

Neben den zahlreichen geschichtlichen Eindrücken konnten sich die jungen Leute auch von der Volksnähe der Politiker überzeugen. Die großen Highlights waren sicherlich der Fototermin mit Bundeskanzler Gerhard Schröder im Willy-Brandt-Haus, die emotionale Diskussion über den Al Quaida-Prozess in Frankfurt am Main mit Herta Däubler-Gmelin im Bundesjustizministerium sowie die Alltagsgeschichten aus dem Leben von Herrn Stiegler in den Räumlichkeiten des Reichstages. Alle Politiker vertraten einhellig die Meinung, dass Demokratie nicht selbstverständlich ist, sondern dass jeder Bürger die Pflicht hat, sich für das Fortbestehen der Demokratie einzusetzen. Dieser Appell blieb den jungen Menschen besonders haften; denn spätestens nach der Diskussion mit Frau Dr. Sonntag-Wolgast im Bundesinnenministerium über die Ausprägungen des Rechtsradikalismus in Deutschland sowie dem Besuch der grauenhaften Dokumentation in der „Gedenkstätte Deutscher Widerstand“ ist jedem bewusst geworden, dass man allein durch Zuschauen/Wegschauen unsere heutige Lebensform nicht erhalten kann.

Durch den Vortrag Hermann Kreuzers, den früheren Leiter des Bundeshauses in Berlin, erhielt das Seminar letztenendes noch etwas Glitzer und Glamour: er berichtete über das Leben der legendären Schauspielerinnen Marlene Dietrich und stellte besonders deren politisches Engagement gegen die Hitler-Diktatur heraus.

Zum guten Schluß nur einige Kommentare der Auszubildenden, die bei der Abschlussbewertung zusammengetragen wurden:

Geschichte und Politik nahe gebracht

viele tolle und interessante Informationen zur deutschen Geschichte

Geschichte und Politik anschaulich und persönlich vermittelt

gute Referenten

informative Seminarleitung

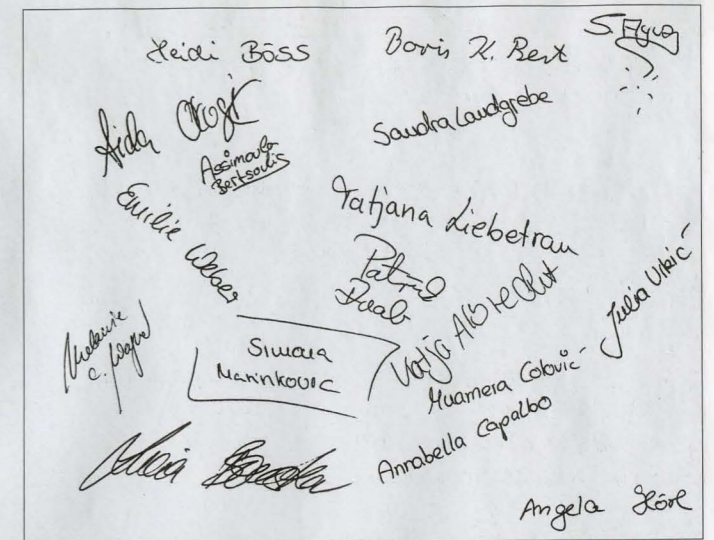
interessante Begegnungen

Treffen mit vielen verschiedenen (wichtigen) Menschen toll, dass hochrangige Politiker in Kontakt mit dem „Volk“ getreten sind

War alles sehr gut! Man hat sonst nicht die Möglichkeit so viel Interessantes und Informatives rund um Politik und Berlin zu erfahren und zu erleben!!!

Aufmunterung sich weiterhin ehrenamtlich zu engagieren und zu seiner Meinung zu stehen

Melanie Wagner, Juli 2002



Am 12. September 2002 überreichte Hans Bonkas und Melanie Wagner im Schloß Bellevue Bundespräsident Johannes Rau eine Medaille von Friedrich Ebert. Als ständige Leihgabe hat sie uns Fritz Quint gestellt. Er hat sie von seinem Vater, dem SPD-Stadtverordneten von Frankfurt, erhalten. Erstellt wurde sie von dem Bildhauer Benno Elkan. Während der Nazizeit wurde die Medaille im Haus und später im Garten versteckt. Bei der Übergabe sagte Bundespräsident Johannes Rau zu mir: „Die zeige ich heute noch meiner Tochter. Sie schreibt gerade einen Aufsatz über Ebert.“

Hans Bonkas

Am 16. Oktober 2002 um 11.00 Uhr eröffnet Bundestagspräsident Wolfgang Thierse unsere Ausstellung
„75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“
 im Paul-Löbe-Haus / Reichstag in Berlin

Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV)

Kronberger Strasse 43
 60323 Frankfurt am Main
 Telefon und Telefax: 069-72 79 70

Vorsitzender: Georg Prinz

Erster stellv. Vorsitzender: Hans Bonkas

Stellv. Vorsitzende: Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter beim Bundesdisziplinargericht a.D., Rechtsanwalt, Victor Graf von Matuschka, Ministerialrat a.D.

Weitere Vorstandsmitglieder: Horst Brüggemann, Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Hase, Hans Georg Marohl, Oberst a.D., Ursula Seuß-Hess, Dr. jur. Volkmar Zühlsdorff

Angeschlossene Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Ausbildungsschäden nach BEG, Oldenburg
 Freiheitsbund e.V., Berlin

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Frankfurt am Main
 Verband für Freiheit und Menschenwürde e.V., Frankfurt am Main

Gemeinsames Ziel der in der UDWV zusammengeschlossenen Verbände sind u.a.:

Wahrung des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Eintreten für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung und Abwehr aller totalitären Bestrebungen von links und rechts.

Neben Verfolgten des Nationalsozialismus und der DDR gehören dem Vorstand der UDWV auch Persönlichkeiten an, die sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind.

Anfragen an die vorgenannten Verbände werden an dieselben von der Redaktion weitergeleitet.



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 63.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, dass unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.


Fraport
Frankfurt Airport
Services Worldwide